

ÜBERTRAGUNG DES TARIFERGEBNISSES

Schwierige Verhandlungen – achtbares Ergebnis

Von unserem Landesvorsitzenden Ralf Porzel

Am 14. März 2017 lud die Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer für die Landesregierung in die Staatskanzlei ein, um mit den Spitzenverbänden des öffentlichen Dienstes, dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), dem Deutschen Beamtenbund (dbb) und dem Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB) über die Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger zu verhandeln.



Auf zwei starke Frauen wird es in den nächsten Jahren ankommen: Ralf Porzel am 14. März mit Anke Rehlinger (links) und Annegret Kramp-Karrenbauer (rechts) in der Staatskanzlei

Foto: Becker & Bredel

Die zurückliegenden abgeschlossenen Tarifverhandlungen waren geprägt von der Schwierigkeit, eine tragfähige Lösung zwischen den materiellen Ansprüchen und den strukturellen Notwendigkeiten zu finden. Der lineare Tarifabschluss für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder litt in seiner Höhe unter den dringend notwendigen Nachholbedarfen und Strukturverbesserungen im Bereich der Entgeltordnungen der Länder.

Insofern war die Forderung der ÖD-Gewerkschaften klar, dass es zu eine zeit- und inhaltsgleichen Übertragung im Beamten- und Versorgungsbereich kommen muss. Wer mit Blick auf die bevorstehenden Landtagswahlen auf einfache Verhandlungen gehofft hatte, sah sich am Ende getäuscht. Die Verhandlungen zur Übertragung gestalteten sich unerwartet schwierig – ähnlich wie die vorangegangenen Tarifverhandlungen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). In den Verhandlungen wurden durch die Ministerpräsidentin und den Finanzminister die Haushaltswirkungen einer zeit- und inhaltsgleichen Übertragung dargestellt und insbesondere für die haushaltskritischen Jahre 2018 und 2019 problematisiert. Ein Überschreiten der durch den Stabili-

tätsrat vorgegebenen Defizitobergrenzen in diesen beiden Haushaltsjahren würde dramatische Folgen für den Landeshaushalt und damit auch für den öffentlichen Dienst des Landes haben. In den Verhandlungen kristallisierte sich die zeitliche Komponente als Kern des Problems heraus. Am Ende konnte der von Gewerkschaftsseite vorgeschlagene Kompromiss mit der dauerhaft tabellewirksamen linearen Tarifierhöhung um insgesamt 4,45 Prozent zugunsten einer zeitlichen Verschiebung durchgesetzt werden. Damit liegt unser linearer Tarifabschluss über dem der TdL, die mit insgesamt 4,35% abschloss. Gleichzeitig konnten wir durchsetzen, dass die bisher nach Besoldungsgruppen zeitlich gestaffelte Anpassung der Tarifierhöhung einheitlich für alle erfolgt.

Das Ergebnis im Überblick:

2017 werden die Besoldungs- und Versorgungsbezüge für alle zum 1. Mai um 2,2% angepasst. Davon müssen letztmalig 0,2% in die Versorgungsrücklage abgeführt werden.

2018 werden die Besoldungs- und Versorgungsbezüge für alle zum 1. September um 2,25% angepasst. Die Bezüge der Anwärter werden zum 1. 1. 2017 und zum 1. 1. 2018 um 35 Euro erhöht. Der Urlaubsanspruch der Anwärter erhöht sich um einen Tag auf 29 Tage.

Strukturelle Verbesserungen sind unabdingbar:

Auch im Bereich des Besoldungsrechtes sind aus unserer Sicht analog zum Tarifrecht strukturelle Verbesserungen notwendig, damit auch hier der Landesdienst bei der Personal- und Fachkräftegewinnung gegenüber dem Bund und dem Arbeitsmarkt in Zukunft konkurrenzfähig bleibt. Aus diesem Grund haben wir in den Verhandlungen auch auf strukturelle Verbesserungen der Beamtenbesoldung gedrängt. Es wurde vereinbart, nach den Landtagswahlen Gespräche zwischen Gewerkschaften und Landesregierung zu Strukturfragen aufzunehmen, insbesondere zur Aufhebung der abgesenkten Eingangsbesoldung und zur Dynamisierung und Ruhegehaltfähigkeit von Zulagen.

Den Rückenwind jetzt nutzen

Von unserem Landesvorsitzenden Ralf Porzel



Die GdP-Kandidatinnen und -Kandidaten für die Personalratswahlen und für die Wahl der Frauenbeauftragten ziehen an einem Strang (v. l.): Ralf Walz (HPR), David Maaß (Junge Gruppe), Ralf Porzel (Landesvorsitzender), Markus Summa (PHPR), Vera Koch (Frauengruppe), Andreas Rinnert (ÖPR Inspektionen), Dirk Britz (ÖPR Direktionen und Präsidialstab) und Steven Hahn (JAV) Foto: Wolfgang Birkenbach



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Saarland

Geschäftsstelle:

Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 84 12 410
Telefax (06 81) 84 12 415
Homepage: www.gdp-saarland.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Lothar Schmidt, Gewerkschaftssekretär
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Saarland
Kaiserstraße 258, 66133 Saarbrücken
Telefon: (06 81) 8 41 24 13, Fax: -15
Mobil: 01 57-71 72 14 18
E-Mail: Lothar.Schmidt@gdp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6489

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, im zurückliegenden Jahr haben wir als GdP wieder richtig Fahrt aufgenommen, ob im Bereich der personellen Ausstattung, der Sachausstattung, der Beförderungssituation oder der Organisationsfortentwicklung. Nach Jahren des Stillstandes und der „kleinen Schritte“ unter dem Druck der Schuldenbremse haben wir im vergangenen Jahr endlich eine Trendwende geschafft.

Uns sind nach schwierigen Jahren jetzt wieder in vielen Bereichen Verbesserungen gelungen. Wir sind als Gewerkschaft der Polizei in der Vorwärtsbewegung. Die angespannte Sicherheitslage hat das Thema „Innere Sicherheit“ wieder in den öffentlichen Fokus gerückt. Wir haben augenblicklich Rückenwind, weil die Rahmenbedingungen einer sehr guten Konjunktur und einer positiven Kreditzinsentwicklung gewisse Spielräume eröffnen haben. Das alles darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass uns noch die schwierigsten Jahre der Schuldenbremse bevorstehen. Mit Blick auf den im Jahr 2020 beginnenden Länderfi-

nanzausgleich „neu“ (500 Mio. Euro für das Saarland) wollen wir jetzt schon den derzeitigen Rückenwind nutzen und die Zukunft unserer Polizei nachhaltig mitgestalten.

Maßstab ist hierbei insbesondere unsere Mitgliederbefragung und die sich daraus für uns ergebenden Schlussfolgerungen. In einigen zentralen Themen haben wir schon positive Veränderungen herbeigeführt.

Der **Personalabbau** konnte im Beamtenbereich durch die Erhöhung der Einstellungszahlen für Polizeianwärterinnen und -anwärter auf 110 sowie die Möglichkeit einer freiwilligen Lebensarbeitszeitverlängerung über das Haushaltsjahr hinaus von bis zu 30 Kolleginnen und Kollegen jährlich gebremst, aber nicht gestoppt werden.

Im **Tarifbereich** wurde zumindest ein temporärer Stellenaufbau durch die Schaffung von rund 40 geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen im Bereich der Unterkunftswachen sowie der befristeten Einstellung von rund 65 Tarifbeschäftigten in den Bereichen POD, IT, Staatsschutz, Ermittlungshelfer und der Sachbearbeitung erreicht. Die Arbeitsbelastung unserer Kolleginnen



PERSONALRATSWAHLEN 2017

und Kollegen ist trotzdem weiter zu hoch.

Eine nachhaltige Verbesserung der **Beförderungssituation** haben wir durch die auf dem Verhandlungswege erzielte Erhöhung des Beförderungsbudgets der Landesverwaltung von 1 Mio. Euro auf 1,6 Mio. Euro erreicht. Damit wurde der Budgetanteil der Polizei um rund 100.000 Euro erhöht. Zusammen mit dem von uns vereinbarten „Generationenpakt 2“ in Höhe von 200.000 Euro wurde das Beförderungsbudget um 300.000 Euro erhöht! Damit beträgt das Gesamtbeförderungsbudget rund 480.000 Euro.

Aktuell bereitet die Situation im Bereich der Beförderung von A 9 nach A 10 sowohl bei den Fachhochschulern als auch bei den prüfungsfrei Übergeleiteten massive Probleme. Auf unsere Initiative bei Staatssekretär Seel hin wurde im Dezember 2016 eine Arbeitsgruppe **„Regelbeförderung A 10“** eingerichtet. In diesem Zusammenhang drängen wir als GdP auch darauf, dass die Themen „Dienstpostenbewertung“ und „periodische Regelbeurteilung“ auf den Prüfstand gestellt werden.

In unserer Mitgliederbefragung forderten viele Kolleginnen und Kollegen eine bessere **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**. Auch hier konnten wir in den Verhandlungen mit der Landesregierung erste Erfolge erzielen. Wir haben z. B. die Einführung der Familienpflegezeit, der generationenübergreifenden Elternzeit sowie die Ausdehnung der Dienstbefreiung bei Erkrankung eines Kindes von vier auf zehn Tage durchgesetzt. Die Umsetzung der EU-Arbeitszeitrichtlinie sowie die Begrenzung der Ar-

beitszeit am Wochenende sind wichtige Themen, die wir in den Entwurf der Dienstzeitvereinbarung eingebracht haben und ebenfalls umsetzen wollen.

Wir haben nach sieben Jahren hartnäckigen „Bohrens dicker Bretter“ endlich die **Strafverschärfung des § 113 StGB** erreicht. Der neue Schutzparagraf wird klarmachen: Wer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte angreift, muss mit einer Haftstrafe rechnen. Die Tatbegehungsförm des tätlichen Angriffs wird nach den Plänen von Bundesjustizminister Heiko Maas aus § 113 StGB herausgelöst und in § 114 StGB-E als selbstständiger Straftatbestand mit verschärftem Strafraumen (Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren) ausgestaltet. Der Rechtsschutz erlass aus dem Jahr 1987 wurde auf Initiative der GdP überarbeitet und ermöglicht erstmals die realistische Chance, für unsere Kolleginnen und Kollegen **dienstlichen Rechtsschutz** im Strafverfahren zu erlangen.

Wir arbeiten an einer Regelung zur **Erfüllungsübernahme durch den Dienstherrn**, der die Übernahme von nicht durchsetzbaren Schmerzensgeldansprüchen unserer Kolleginnen und Kollegen garantieren soll.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, trotz aller Widrigkeiten haben wir viel erreicht. Es ist uns gelungen, wichtige Forderungen aus unserer Mitgliederbefragung umzusetzen. Es liegt aber noch vieles vor uns, was in den Erwartungshaltungen zum Ausdruck kam. Eine starke Personalvertretung hat ihre Wurzeln in einer starken Gewerkschaft. Deshalb entscheidet Ihr bei dieser Personalratswahl nicht nur über die Zu-

sammensetzung der Personalräte. Ihr entscheidet auch darüber, wer am Verhandlungstisch sitzt und Eure Interessen durchsetzt. Mit unseren GdP-Spitzenkandidaten Markus Summa, Ralf Walz, Andreas Rinert, Dirk Britz und Steven Hahn sowie unseren rund 140 Kandidatinnen und Kandidaten haben wir ein starkes Team zur Vertretung Eurer Belange.

Die GdP hat in der Vergangenheit oft bewiesen, dass sie sich auch gegenüber der Politik durchsetzen kann. Sie will auch in Zukunft mit ihrem starken Nachwuchs die bestimmende Kraft sein. Gebt deshalb bitte Eure Stimme unseren Kandidatinnen und Kandidaten! DANKE!

P. S.:

Landtagswahl 2017 endet mit überraschend deutlichen Ergebnissen

Mit überraschend deutlichen Ergebnissen, im Positiven wie im Negativen, endeten für fast alle beteiligten Parteien die Landtagswahlen 2017. Nach Lage der Dinge wird es zur Fortsetzung der Großen Koalition zwischen CDU und SPD kommen. Ein Ergebnis, dass sich so auch in der Stimmverteilung und damit wohl auch dem mutmaßlichen Wählerwillen ausdrückt. Wir haben als GdP im Vorfeld in unserem Pressefrühstück zur Landtagswahl unsere Themen und unsere Erwartungshaltung an die im Landtag vertretenen Parteien klar formuliert. Es gilt nun, diese Themen, die wir auch für die neu zu wählenden Personalräte auf unsere gewerkschaftspolitische Agenda geschrieben haben, in die Koalitionsverhandlung einzubringen und damit zum Gegenstand politischen Handelns zu machen.

Bitte stören



Liste 1

Bitte

Unsere GdP-Spitzenkandidatinnen und -kandidaten **HPR**



Ralf Walz



Andrea Thiel



Martin Speicher



Volker Pankratz



Rainer Uth



Lukas Schneider



Eva Blum

Unsere GdP-Spitzenkandidatinnen und -kandidaten **PHPR**



Markus Summa



Bruno Leinenbach



Ralf Porzel



Stefan Schnubel



Udo Ewen



Jordana Becker



David Maaß



Malte Krämer



Christoph Pusse



Arno Adams



Dirk Britz

Unsere GdP-Spitzenkandidatinnen und -kandidaten **JAV**



Steven Hahn



Aline Heinrich



Luisa Naumann



Lina Wiedemann



Lukas Obermann



Benjamin Porzel



Marcel Blank



Pascal Ebli



Marlon Hermann

**Personalratswahlen
10. und 11. Mai 2017**



stören

Unsere GdP-Spitzenkandidatinnen und -kandidaten ÖPR Plen



Andreas Rinnert



Petra Wagner



Thomas Schlang



Uwe Dörr



Ralph Herrmann



Dieter Kiefer



Jürgen Längler



Jens Berner



Andrea Thinnés



Benjamin Bollbach



Guido Cullmann



Adrian Froch



Jan Poss



Martina Ring



Doris Scharle

Unsere GdP-Spitzenkandidatinnen und -kandidaten ÖPR PS/Dir



Dirk Britz



Patricia Fischer



Carsten Baum



René Dewes



Peter Neu



Stefan Schnubel



Helmut Schuch



Kai Dörner



Benny Groß



Helmut Schirra



Sascha Grimm



Bernhard Müller



Martin Speicher



Ralf Döring



Lars Feld



**Gewerkschaft
der Polizei**

Unsere Ziele 2017 bis 2021

Bitte stören

Die viel zu hohe Arbeitsbelastung muss spürbar vermindert werden, weil:

Kriminalität darf nicht nur verwaltet, sondern muss wirksam bekämpft werden.

Wochenenddienste und Überstundenberge haben die Schmerzgrenze längst überschritten.

Das muss aufhören – „Bitte stören“

Der Beförderungstau muss aufgelöst werden, weil:

Rund 1400 Kolleginnen und Kollegen sind in der A 9! Sie erwarten zu Recht, dass sie innerhalb eines vertretbaren Zeitraums eine Beförderung

in die A 10 erfahren. Die Initiative für eine Regelbeförderung hat die GdP bereits ergriffen.

Leistungsgerechte Besoldung entsprechend der Verantwortung und dem Dienstposten muss endlich Realität werden.

Wir ändern das – „Bitte stören“

Der Personalabbau muss gestoppt werden, weil:

Die Belastungsgrenze ist bei uns allen erreicht, in vielen Dienststellen sogar überschritten. Neue Herausforderungen wie z.B. Terrorismus, Flüchtlingskrise oder Einbrecherbanden können so kaum noch zusätzlich bewältigt werden. Jetzt schon droht der Verlust der Bürgernähe, und

die Berufszufriedenheit leidet – und manchmal auch die Arbeitsqualität.

Oft stehen wir ziemlich alleine da. Wir brauchen Verstärkung!

Es darf so nicht weitergehen – „Bitte stören“

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss deutlich verbessert werden, weil:

Die Einführung der Familienpflegezeit, der generationenübergreifenden Elternzeit sowie die Ausdehnung der Dienstbefreiung bei Erkrankung eines Kindes haben wir bereits erreicht. Wir treten dafür ein, dass weitere Verbesserungen wie Telearbeit und „24-Stunden-Kita“ im Landespolizeipräsidium umgesetzt werden.

Wir kümmern uns – „Bitte stören“

Tarifbeschäftigte brauchen Sicherheit und Aufstiegschancen, weil:

Alle im Rahmen der Sicherheitspakete befristet eingestellten Tarifbeschäftigten müssen Zukunftsperspektiven erhalten. Ohne Wenn und Aber!

Eine Weiterqualifizierung für unser Bestandspersonal im Tarifbereich ist nach wie vor unverzichtbar für die berufliche Weiterentwicklung.

Die unsägliche Wiederbesetzungssperre von einem Jahr muss endlich wegfallen. Alle freien Stellen müssen umgehend nachpersonalisiert werden!

Wir setzen uns dafür ein – „Bitte stören“



Unsere Forderungen sind recht und billig! Deshalb die GdP stärken und am 10. und 11. Mai GdP wählen! Bitte stören! Danke!

L. Sch.



WAHL DER FRAUENBEAUFTRAGTEN AM 11. MAI

Wer steht für den anderen auf?

Von unserer amtierenden Frauenbeauftragten Vera Koch

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

warum mir beim Schreiben dieser wenigen Zeilen gerade ein Lied aus dem Jahre 1991 einfällt, kann kein Zufall sein. Der Liedermacher Klaus Hoffmann singt auf seinem Album: „Zeit zu Leben – Wer steht für den anderen auf?“ Mich hatte das Lied damals schon sehr berührt. Wie so oft ist Musik vielen Menschen Motivation, Ansporn und macht Mut. Wenn Klaus Hoffmann nun singt, dass die anderen ohne Namen auf einem Seil ohne Netz sitzen, für die die Türen verschlossen sind, weil die besten Plätze schon besetzt sind, dann gebe ich ehrlich zu, dass mich das doch bewegt, wenn es um die Frage geht, welche Aufgabe man als Gewerkschafterin und auch in einer dienstlichen Funktion als Frauenbeauftragte in der Polizei zu bewältigen hat. Über 30 Jahre gewerkschaftliches Engagement und rund 15 Jahre



Sie weiß um die Probleme von jungen Familien: Die Jungoma Vera kandidiert wieder als Frauenbeauftragte

Foto: V. Koch

Frauenbeauftragte in der saarländischen Vollzugspolizei lassen sicherlich die Frage aufkommen, ob es noch was zu entwickeln gibt und noch Atem für ein Mehr ist. Ich kann das nur eindeu-

tig mit JA beantworten. Der aktuell aufgestellte Frauenförderplan macht viel Mut, dass es in der Polizei mit dem Thema der Vereinbarkeit und der Gleichstellung vorangeht. Dennoch gibt es auch noch sehr viel zu tun. Das leidige Thema der Benachteiligung von in Teilzeit arbeitenden Beamten/-innen muss nach wie vor engagiert vorangetrieben werden. Zeigen doch aktuelle Beschwerden, dass es noch viel zu tun gibt. Im Tarifbereich gilt es dafür zu kämpfen, dass frische Akzente und Anreize zur Weiterentwicklung auf den Weg gebracht werden. Und hier kommt wieder das Lied von Klaus Hoffmann zum Tragen. Ja, gerne stehe ich weiterhin für andere auf. Aufrichtig, mutig und engagiert. Dabei stets ehrlich und ohne Lippenbekenntnisse, sondern durch

Handeln. Ich bin froh, dabei die Gewerkschaft der Polizei und die Frauengruppe im Land und auf Bundesebene als Unterstützer/-innen an meiner Seite zu wissen.

Herzlichst, Eure Vera!

Mitte März wurde im Besein zahlreicher Gäste unser GdP-Mitglied Udo Genetsch (links) offiziell in das Amt des neuen Leiters des Verkehrsdienstes Mitte (LPP 132) in Dudweiler eingeführt. Unter der Regie des neuen Leiters wurde bereits Wochen zuvor der bisherige betagte Sozialraum der Dienststelle einer Erfrischungskur und Renovierung unterzogen. Mit einer Geldspende der GdP, überreicht durch Dirk Britz von der Kreisgruppe LPP, gelang es dann auch, Geschirr für den Multifunktionsraum anzuschaffen.

Foto: David Sturmer

Glückwünsche

Andreas Rinnert gratuliert im Namen unserer Kreisgruppe Saabrücken-Stadt Thomas Kolz (links), stellv. Dienststellenleiter der PI Burbach, ganz herzlich zum 60. Geburtstag und wünscht ihm für die Versetzung in den Ruhestand alles Gute!

Text und Foto: A. Rinnert



Seinen 75. Geburtstag feierte unser Ruhestandskollege Armin Nilles (links) aus Oberthal. Er trat am 1. 4. 1961 in die saarländische Polizei ein und verrichtete während seines Berufslebens Dienst bei den Verkehrsabteilungen Dudweiler und St. Wendel. In der GdP ist Armin Nilles bereits seit 1961. Im Ruhestand ist Armin immer noch sportlich aktiv und ist im St. Wendeler Land regelmäßig als Pilzsachverständiger bei Führungen im Herbst gefragt.

Text und Foto: D. Böhmer, Kreisgruppe St. Wendel



Aus unseren Kreisgruppen



PI-Leiter Horst-Peter Schäfer (Mitte) nimmt für seine Dienststelle die Glückwünsche des LPP Norbert Rupp (links) entgegen.

Am 15. März wurde die neue PI Köllertal offiziell eingeweiht. Der Leiter der PI, PHK Horst-Peter Schäfer, konnte in den speziell für die Polizei umgebauten Räumlichkeiten des „technischen Rathauses Püttlingen“ im Stadtteil Köllerbach viele geladene Gäste von umliegenden Dienststellen, Fachdirektionen und benachbarten Behörden und Organisationen begrüßen. Mit dem Umzug in die neuen

Räumlichkeiten ist es gelungen, für die Kolleginnen und Kollegen ein zeitgemäßes Arbeitsumfeld herzustellen. Alle Arbeitsbereiche der Dienststelle befinden sich auf einer Etage, und die Umkleide- und Sozialräume erfüllen modernste Anforderungen. Zum Abschluss der offiziellen Feierlichkeit wurde die Dienststelle vom Polizeidekan Dr. Rolf Dillschneider gesegnet. Die Gewerkschaft der Polizei



Vertrauensmann Matthias Schramm (rechts) überreicht einen GdP-Zuschuss an Henning Schmidt für die neue Dienststelle.

möchte sich den Worten von Rolf Dillschneider anschließen und den Kolleginnen und Kollegen der PI Köllertal wünschen, dass die Menschlichkeit in den neuen Räumlichkeiten der PI Köllertal nie verloren geht und am Ende eines jeden Dienstes jeder gesund in sein privates Umfeld zurückkehren kann.

Text und Fotos: Thomas Schlang



Standortkoordinator Alexander Lehnert, Dillingen (links), mit Vertrauensmann Toni Meier (rechts)

Im Zusammenhang mit der Umstrukturierung des Dezernates LPP 216, insbesondere der EG WE in das eigenständige Sachgebiet LPP 216.1, kam es zur Einrichtung der drei Standorte in Saarbrücken, Dillingen und Neunkirchen. In der Folge wurden nicht nur Personal, sondern vor allem auch geeignete Unterbringungsmöglichkeiten/Büros benötigt. Der Vertrauensmann des Dezernates LPP 216 ließ es sich nicht nehmen und besichtigte die „neuen“ Standorte in Neunkirchen und Saarbrücken und hielt Rücksprache



Standortkoordinator Saarbrücken, Thomas Görden

mit den Standortverantwortlichen. Hierbei musste ernüchternd festgestellt werden, dass trotz stellenweise neu gestrichener Büros dennoch Verbesserungsbedarf bei den beengten Arbeitsverhältnissen besteht, zumal Sozialräume bzw. Küchen und entsprechendes Geschirr/Tassen etc. größtenteils nicht vorhanden sind. Dies veranlasste wiederum den Vertrauensmann des Dezernates LPP 216, die Kreisgruppe LKA auf diesen Umstand aufmerksam zu machen. Eine Antwort auf die Anfrage einer



Standortkoordinator Neunkirchen, Mike Straßburger

finanziellen Unterstützung durch die Kreisgruppe LKA ließ nicht lange auf sich warten, sodass bereits am 17. 2. 2017, nur vier Tage nach dem offiziellen Beginn des letzten Standortes in Saarbrücken, eine Spende in Höhe von jeweils 70 € für jeden Standort an den jeweiligen Standortverantwortlichen überreicht werden konnte.

GdP – Wir kümmern uns!

Text und Fotos: Toni Meier, Kreisgruppe LKA

